



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
18.02.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: Ist Stromerzeugung der goldene Weg des Wendlands?	4

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Jens Heymann

Visits (VpD): 5.957 ¹

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.ejz.de/lokales/stromerzeugung-goldene-weg-wendlands-id408699.html>¹ von PMG gewichtet 10-2024

Artikel mit Video

Ist Stromerzeugung der goldene Weg des Wendlands?

EJZ-Serie zur Bundestagswahl: heute – Energie und Atomanlagen. Wo liegen Entwicklungschancen in Lüchow-Dannenberg und wo sind die Grenzen?

Lüchow-Dannenberg. Im Landkreis mag in den zurückliegenden Jahren die Schärfe aus der Debatte um die Atomkraftnutzung und deren Folgen gewichen sein. Ohne Castor-Transporte in Lüchow-Dannenberg haben sich die Gespräche weitgehend von der Straße in Konferenzräume verlegt. Dafür haben andere Formen der Energieerzeugung rasant an Bedeutung gewonnen. Windkraftanlagen und Solarparks sind auch im Kreisgebiet nicht mehr zu übersehen.

[Mit der anstehenden Bundestagswahl](#) rücken auch Gorleben, Erneuerbare und Co. in manches Wahlversprechen. Wie stellt sich die Politik den künftigen Weg bei Erneuerbaren Energien, Netzen, Kernkraft und Atomanlagen vor? Die EJZ befragte dazu hiesige Direktkandidaten oder deren Partei und lässt außerdem regionale Branchenkenner zu Wort kommen.

Sollte Kernenergie eine Option im deutschen Energiemix sein?

Hans-Hermann Zetsche, hiesiger Kommunalreferent der Avacon Netz GmbH, wünscht sich grundlegende Klarheit: Über das Wie der Energiewende könne man diskutieren, das Ob müsse aber unverhandelbar bleiben. Denn die gesamte Energiebranche richte sich auf die Transformation zu einem klimaneutralen Energiesystem aus. Und was sagen diejenigen, die in den Bundestag wollen? Kernenergie leiste als Import einen wesentlichen Beitrag, doch sei er skeptisch, was die Wiederinbetriebnahme deutscher Kraftwerke angeht, erklärt Marco Schulze (CDU). "Ja", sagt Michael Gonçalves (AfD). Cornelius Grimm (FDP) sei selbst kein Freund der Kernenergie, seine Partei setze sich aber "für eine technologieoffene Energiepolitik ein". "Unsere Energiezukunft liegt in

den erneuerbaren Energien, nicht in der Rückkehr zur Kernenergie", meint dagegen Jakob Blankenburg (SPD). "Erneuerbare Energien sind wesentlich kostengünstiger und gleichzeitig risikoärmer", sieht Julia Verlinden (Grüne) Kernkraft als nicht wettbewerbsfähig. "Nein, die Risiken sind nicht beherrschbar und unverantwortlich", findet Henning Harms (Freie Wähler). "Die erneute Nutzung von Atomkraft ist für Die Linke ausgeschlossen", heißt es von dieser Partei.

Ist der Anteil an erneuerbaren Energien groß genug?

"Bis 2035 erwarten wir in unserem Netzgebiet eine Verdopplung des Stromverbrauchs und eine Verdreifachung der Stromerzeugung. Das stellt uns als Netzbetreiber vor enorme Herausforderungen", schildert Kommunalreferent Zetsche die lokale Energiesituation. Im Kreis habe es zum Stichtag 31. Dezember 2023 insgesamt 2.256 Erzeugeranlagen gegeben, die 177 Millionen Kilowattstunden Strom produzierten. Mehr erneuerbare Energie führe "zu einem erheblichen Ausbaubedarf im Verteilnetz", sagt Zetsche. Und die Politik: Die Linke will "massiv in die Netz- und Speicherkapazitäten investieren". "Nur mit einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien und der nötigen Infrastruktur können wir die Energiewende erfolgreich gestalten", sagt Blankenburg. "Wir Grünen setzen uns für die kraftvolle Fortführung des Ausbaus erneuerbarer Energien (...) ein", hat Verlinden allerdings auch Energiesparen, Speicher und Bioenergiekraftwerke im Blick. Harms ist "für den vollständigen Umbau auf erneuerbare Energien in einer realistischen Zeitschiene". Schulze verweist vor allem auf den Bedarf von

Speicherkapazitäten und grundlastfähiger Energieformen. "Es sollten die Energien ausgebaut werden, die wirtschaftlich sinnvoll sind und zur Versorgungssicherheit beitragen", fordert Gonçalves Technologieoffenheit. Dieses Wort benutzt auch Grimm und: Der Anteil erneuerbarer Energien müsse – in einem sinnvollen Rahmen – weiter steigen.

Der Windpark Bösel-West ist noch ganz neu. Pläne für weitere Energieanlagen stecken kreisweit in den Schubladen.

Archivfoto: F. Wiechel-Kramüller

Ist Windkraft in Waldgebieten sinnvoll?

Um genügend Flächen für Windkraft auszuweisen, sind mittlerweile auch Waldflächen in den Blick von Planern und Investoren geraten. Doch das hat seinen Preis: "Der Netzanschluss von Anlagen in Waldgebieten stellt eine besondere Herausforderung dar, da Erschließung, Bau und Wartung komplexer sind als in offenem Gelände", erläutert Avacon-Experte Zetsche höhere Netzausbaukosten. "Neue Standorte in Wäldern müssen sorgfältig geprüft werden", macht Grimm zur Bedingung. "In einer ländlich geprägten Region wie Lüchow-Dannenberg müssen wir Windkraftanlagen dort vermeiden, wo sie in empfindliche Naturräume eingreifen würden", ist die Ansicht von Schulze. "Windkraft in Waldgebieten sollte immer die Ausnahme bleiben – eine Ultima Ratio", schränkt auch Blankenburg ein. Harms hat in Kiefern- und Fichtenbeständen kein Problem mit Windkraft. "Nein", sagt Gonçalves zu Windrädern zwischen Bäumen.

Können die Einwohner des Kreises von großer lokaler Energieerzeugung

profitieren?

Die Grünstromquote betrage in Lüchow-Dannenberg bereits nahezu 100 Prozent, bemerkt Avacon-Mann Zetsche. Und es sind noch weitere Energieanlagen geplant. Sieht die Politik also Wege, Einwohner und Unternehmen bei den Energiekosten zu entlasten? "Die Netzentgelte für Regionen mit hoher erneuerbarer Energieproduktion müssen gesenkt werden", will Grimm. Deren gerechtere Gestaltung sieht auch Blankenburg als Ziel. Es müsse eine grundlegende Entschlackung der Vorschriften stattfinden, damit lokal gewonnener Strom auch zu günstigen Konditionen verkauft werden kann, wirbt Gonçalves. "Die Anwohner und Kommunen müssen schon im Bauprozess spürbar an der Wertschöpfung beteiligt werden", schlägt Schulze vor. "Ein Strompreisdeckel für den Grundbedarf macht den Strom für die Mehrheit wesentlich günstiger", formuliert die Linke und fügt Beteiligungen am Stromverkauf durch Genossenschaften an.

Biogasanlagen wie die in Püggen, die mit ihrem Blockheizkraftwerk über Nahwärmenetze ein Dorf mit Heizenergie versorgen, entsprechen den Zielen von Wärmeplänen.

Aufn.: K.-F. Kassel

Haben Biogasanlagen und fossile Heizungen eine Zukunft?

Ein anderes Standbein lokaler Energieversorgung sind Biogasanlagen und damit verbundene Nahwärmenetze. Das drohende Ende der Vergütung aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz verunsichert aber die Betreiber. "Die Politik müsste einfach sagen: Wir lassen euch das Fenster noch auf", fordert etwa Christof Goebel aus Hitzacker, der eine Anlage und ein Nahwärmenetz mit 64 Anschlüssen betreibt. Auch politischen Argwohn gegenüber Mais als Energielieferant sieht er kritisch: Die Pflanze sei dafür am besten geeignet, weil sie schnell wachse und wenig Chemie benötigt sowie wassereffizient sei. Schulze ist überzeugt, dass "der Weg zur Energiewende in unserer Region verstärkt über Biomasse- und Biogasanlagen führen muss". Und: "Das Hei-

zungsgesetz der Ampel wird meine Partei im Fall einer Regierungsbeteiligung wieder abschaffen." Zum Thema Heizen hat Gonçalves eine klare Ansicht: "Keine Heizung ist illegal." Harms stellt sich Folgendes vor: "Planbare Übergangsfristen, die Menschen durch Förderung und Beratung motivieren und mitnehmen. Dämmung der Gebäude und individuelle, flexible Lösungen fördern. Auch kleine Wärmenetze einbeziehen." Blankenburg: "Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir gerade bei langlebigen Gütern wie Heizungen endlich auf klimafreundliche (...) Alternativen umstellen." Fossile Heizungen seien eine Kostenfalle, warnt Verlinden, sagt aber auch, dass funktionierende alte Heizungen weitergenutzt werden dürfen. "Technologieoffenheit statt Zwang", sagt Grimm und bezieht sich sowohl auf Wärmeprojekte als auch auf Heizungen.

Welche Möglichkeiten gibt es, das einst angedachte Endlagergelände Gorleben weiter zu nutzen?

Eine Nachnutzung sei wünschenswert, und die kommenden Jahre bis Abschluss der dortigen Rückbaumaßnahmen sollten genutzt werden, um dort alternative Möglichkeiten zu entwickeln, äußert sich Asta von Oppen aus Gartow dazu, die als Vertreterin Lüchow-Dannenburgs im Planungsteam des deutschlandweiten Forums Endlagersuche sitzt. "Die Entscheidung ist gefallen, die Bergwerksstollen werden faktisch verfüllt", äußert sich Harms knapp. "Das Ideal für die Nachnutzung (...) generell ist die grüne Wiese. Aber angesichts der bereits vorhandenen Energie-Infrastruktur (...) bieten sich natürlich auch wirtschaftliche Möglichkeiten, zum Beispiel im Bereich der Erneuerbaren inklusive Speichertechnologien", sagt Verlinden. Auch Blankenburg zeigt sich offen: "Die Pläne, den Standort für die Gewinnung und Speicherung regenerativer Energien zu nutzen, bieten eine große Chance für die Region." Grimm bringt ein Forschungszentrum beziehungsweise einen Technologie- oder Gewerbepark ins Spiel. "Private Unternehmen sollten eine Möglichkeit bekommen, die Anlagen zu erwerben,

um sie für ihre Zwecke nutzen zu können", erteilt Gonçalves dem teuren Rückbau eine Absage. Gleich mehrere Aspekte zählt Schulze auf, darunter Energiespeicherung und -produktion sowie Forschung und Gewerbeansiedlungen.

Im Bergwerk Gorleben hat die Einlagerung des Salzes begonnen, das einst aus der Erde geholt worden war. Es wird in das ehemalige Erkundungsbergwerk zurück gebracht, das als mögliches Endlager für hoch radioaktiven Atom Müll angedacht war.

Foto: BGE

Sollten die vorhandenen Lagerungskapazitäten für Castor-Behälter in Gorleben besser ausgenutzt werden?

113 Castor-Behälter mit hoch radioaktivem Atom Müll stehen im Zwischenlager Gorleben. Platz wäre für 420. Das weckt Begehrlichkeiten. "Das verbietet das Atomgesetz", sagt von Oppen vom Forum Endlagersuche. Aber können sich Gesetze nicht irgendwann ändern? Die Nutzung der Zwischenlagerkapazitäten in Gorleben sollte keinesfalls leichtfertig in Erwägung gezogen werden, mahnt Schulze vor dauerhafter Belastung. "Wir sprechen uns dagegen aus", sagt Gonçalves; Nuklearabfälle sollten aber aufgrund technischen Fortschritts bei der Verwertung "sicher, oberirdisch und zugriffsbereit gelagert werden". Grimm favorisiert "dezentrale Zwischenlagerlösungen an bestehenden Kraftwerksstandorten". Eine Lagerung weiterer Castoren in Gorleben werde es nicht geben, macht Blankenburg klar. Verlinden pocht auf bestehende Regelungen: "Zumal jeder Castor-Transport, der nicht das Ziel Endlager hat, vermieden werden muss." Diese Ansage macht auch Harms.

Erscheinungstag: 26.01.2025
Kategorie: [Lüchow-Dannenberg](#)
Standort: [Lüchow-Dannenberg](#)
Artikel mit Video
Bundestagswahl: [Das sind die Direktkandidaten für Lüchow-Dannenberg](#)
[Diese Kandidatinnen und Kandidaten gehen als Favoriten im Wahlkreis Lüchow-Dannenberg – Lüneburg ins Rennen](#)

Abbildung:

Ein Landkreis unter Strom: Die Energieerzeugung in Lüchow-Dannenberg rückt immer stärker in den Fokus von Planern und Investoren. Ist dies eine große Chance für die ländliche Region oder birgt diese Entwicklung auch Gefahren für die Region?

Fotograf/-in:

Archivfoto: J. Heymann

Abbildung:

Der Windpark Bösel-West ist noch ganz neu. Pläne für weitere Energieanlagen stecken kreisweit in den Schubladen.

Fotograf-in: Archivfoto: F. Wiechel-Kramüller
Abbildung: Biogasanlagen wie die in Püggen, die mit ihrem Blockheizkraftwerk über Nahwärmenetze ein Dorf mit Heizenergie versorgen, entsprechen den Zielen von Wärmeplänen.
Fotograf-in: Aufn.: K.-F. Kassel
Abbildung: Im Bergwerk Gorleben hat die Einlagerung des Salzes begonnen, das einst aus der Erde geholt worden war. Es wird in das ehemalige Erkundungsbergwerk zurück gebracht, das als mögliches Endlager für hoch radioaktiven Atommüll angedacht war.
Fotograf-in: Foto: BGE
Wörter: 1403

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG